

# DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 EUR

Landesvereinigung Bremen der VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Februar / März 2020

## Ernst Busche gestorben

Das Bremer Friedensforum trauert um einen seiner Mitbegründer: Dr. Ernst Busche starb am Freitag, 29. November, nach langer Krankheit im Alter von 87 Jahren in der Hansestadt.

Ernst Busche wurde in den 1970er Jahren bekannt als Sprecher der Bürgeraktion Garlstedter Heide, die sich gegen die Stationierung der US-Panzerbrigade "Hell on Wheels" nördlich Bremens wehrte. Bundesweit legendär ist sein Einsatz für den Krefelder Appell gegen die Stationierung neuer Atomraketen in Europa, er sammelte allein circa 16.000 Unterschriften. Als Busche gefragt wurde, ob er glaube, dass Unterschriften Kriege verhindern würden, gab er zur Antwort: *"Wenn alle unterschrieben haben, geht keiner mehr hin"*.

Als ihn ein bremischer Senator einmal "Berufsdemonstrant" nannte, beleidigte ihn das nicht - im Gegenteil, es spornte ihn in seinem Engagement an: *"Ich verstehe mich als Bürgeraktionär, der keine Aktien hat, aber immer für eine Aktion ist. Und das Wort Bürger steht für Menschenrechte."* Mit mindestens zwei oder drei Meinungsbuttons am

selbstgestrickten Pullover, einem Plakat mit Friedens- und Abrüstungsparolen und einer Unterschriftenliste war Ernst Busche auf un-

fahrer, die Proteste gegen die Berufsverbote-Praxis in der Bundesrepublik und vieles mehr. In den 80er Jahren kandidierte er auch für "Die Friedensliste" zu Wahlen.



Seine Erfahrungen in der außerparlamentarischen Bewegung hat Ernst Busche in dem Buch "Aus dem Leben eines Bürgeraktionärs" 1997 im Donat-Verlag zusammengestellt. Darin schildert er seine Entwicklung vom Sohn bürgerlich-nazifreundlicher Eltern zum aktiven Friedenskämpfer und Umweltschützer. Bereits damals äußerte sich Busche *sorgenvoll: "Wir zerstören die Welt selbst, durch Umwelteinflüsse, zu viele Straßen, zu viele Autos ..."*

Das Bremer Friedensforum verliert mit Ernst Busche einen sehr guten, treuen Freund und solidarischen Mitstreiter. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau, seiner Tochter und seiner Familie.

Ekkehard Lentz/Hartmut Drewes

Die VVN-BdA Bremen trauert um ihr langjähriges Vorstandsmitglied Ernst Busch.

zähligen Demonstrationen, Aktionen und Veranstaltungen in Bremen und im Bundesgebiet immer ganz vorne zu sehen.

Ernst Busche unterstützte neben der Friedensbewegung auch internationale Solidaritätsaktionen, antifaschistische Initiativen, die Anti-Kernkraft-Bewegung, Umweltgruppen für bessere Verkehrswege für Fahrrad-

## Verfolgungswahn

### Über den Umgang mit Opfern des Naziregimes anlässlich der jüngsten Entscheidung des Berliner Finanzamtes

1960 musste zum ersten Mal ein Bundesminister wegen seiner NS-Vergangenheit zurücktreten. Den Platz räumen musste damals der von Bundeskanzler Adenauer selbst zum Schluss als „tiefbraun“ bezeichnete Vertriebenenminister Theodor Oberländer (CDU). Elf Jahre nach ihrer Gründung war die Bundesrepublik von der deutschen Vergangenheit eingeholt worden.

Ausgelöst wurde die Affäre durch einen Artikel der antifaschistischen Wochenzeitung „Die Tat“. Das Sprachrohr der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) hatte im September 1959 geäußert, Minister Oberländer stehe in dem Verdacht, an Massenmorden in Lemberg beteiligt gewesen zu sein. Der Beschuldigte erwirkte persönlich am Druckort die Beschlagnahme der gesamten Auflage und löste damit eine Lawine von

Fragen nach seiner Vergangenheit aus. Oberländer bestritt alle Anschuldigungen, verlor aber rasch den Rückhalt in den eigenen Reihen und gab sein Amt nach einem halben Jahr auf.

Damit hätte es sein Bewenden haben können, hätte nicht Bundesinnenminister Gerhard Schröder, wie sein CDU-Parteifreund ehemals Mitglied der NSDAP, einen Monat nach der ersten Veröffentlichung über das braune Vorleben Oberländers, beim Bundesverwaltungsgericht das Verbot der Verfolgung der Verfolgten des Naziregimes beantragt. Obwohl das Innenministerium versicherte, der Antrag sei „durch keinerlei Ereignisse der letzten Zeit“ veranlasst worden, piffen es die Spatzen von sämtlichen Dächern, was den Minister zum Handeln bewogen hatte.

Ein politischer Störenfried sollte zum Schweigen gebracht werden. Gegenüber dem Ausland behauptete die Regierung, sie

bekämpfe lediglich Staatsfeinde, die als Kommunisten den braunen Terror Hitlers nur bekämpft hätten, weil er dem roten im Weg gestanden habe. Aber die Sache ging nach hinten los. Der von der Bundesregierung zu ihrem Vertreter bestellte Rechtsanwalt Fabian von Schlabrendorff aus dem Kreis der Widerstandskämpfer des 20. Juli sagte bei der Prozessoröffnung Ende November 1962 in Berlin, gerade vor dem Widerstand der Kommunisten könne man sich nur in Ehrfurcht verneigen.

Der Routine des ersten Verhandlungstages folgte am zweiten eine Sensation. Der Gerichtsvorsitzende Fritz Werner wurde aus dem Zuschauerraum heraus beschuldigt, Parteigänger der Nazis gewesen zu sein. Einem ehemaligen kommunistischen Widerstandskämpfer waren Dokumente zugespielt worden, die den Senatspräsidenten ...

weiter geht es auf Seite 2

# „Problemfall der Demokratie“ wirbt um Mithilfe

Bevölkerung soll Hinweise auf „Rechtsextremismus“ liefern, fordert Bremer Landesamt für Verfassungsschutz in einem bundesweit einmaligen Appell

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Bremen hat sich Ende 2019 mit einem ungewöhnlichen Appell an die Bevölkerung gewandt und um konkrete Hilfe im Kampf gegen den grassierenden „Rechtsextremismus“ geworben. *„Bürgerinnen und Bürger sollten ihr Unbehagen im Kontakt mit einem mutmaßlichen Extremisten nicht für sich behalten oder gar dulden,“* so wird LfV-Behördenleiter Dierk Schittkowsky in den Medien zitiert (*„Weser-Kurier“* 17.10.2019). BürgerInnen sollen auffällige Signale, Äußerungen oder Verhaltensweisen über ein vertrauliches Hinweistelefon oder per Mail bei der Behörde melden (*taz* 17.10.2019). *„Um einer weiteren Radikalisierung frühzeitig entgegenzutreten, brauchen wir die Zivilgesellschaft an unserer Seite. Ohne geht es nicht... Ich wünsche mir, dass wir in einen Dialog eintreten“* (SZ 17.10.2019). Denn, so der Bremer VS-Chef: *„Antifaschisten sind wir doch alle.“*

Es gehe dabei nicht um Bespitzeln oder Denunzieren, doch allein könnten die Sicherheitsbehörden den Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht gewinnen. Zwar räumt Schittkowsky ein, dass nach der Affäre um den Ex-VS-Chef auf Bundesebene, Hans-Georg Maaßen (CDU), und nach dem Ermittlungsdesaster im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie das Vertrauen der Bevölkerung in den Verfassungsschutz (VS) langfristig beschädigt sei. Doch er wolle den Bremer VS so weit es geht öffnen: *„Wir sind kein Verfassungsschutz, über den man am besten nicht redet, sondern einer, mit dem man redet“* (WK 17.10.2019).

Diese Aktion klingt nach purer Verzweiflung – ein Hilferuf an die Bevölkerung, die den

Bremer VS nicht alleine lassen soll. Es ist eine Reaktion auf jüngere Attentate und Terrorakte von Rechtsradikalen und Neonazis, wie etwa den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und den antisemitischen und fremdenfeindlichen Mordanschlag in Halle. Es ist eine späte Reaktion auf eine verhängnisvolle Rechtsentwicklung in der Gesellschaft und in Richtung Rechtsterrorismus, die nicht erst mit der Aufdeckung der NSU-Mordserie sichtbar wurde, die der VS in Bund und Ländern aber so lange verharmlost und geleugnet hat. Und es ist eine Reaktion darauf, dass es „Rechtsextremisten“ zunehmend gelingt, gezielt Einfluss auf Teile der Gesellschaft und auf öffentliche Institutionen zu nehmen – ob bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Gewerkschaften, Betriebsräten, in sozialen Einrichtungen oder bei Sicherheitsorganen wie Bundeswehr, Polizei, VS-Behörden und Justiz. Längst gibt es das Problem einer Infiltrierung durch rechtsradikale Netzwerke, die in manchen Sicherheitsbehörden bereits ihr braunes Unwesen treiben – eine wirklich ernstzunehmende Gefahr.

Und angesichts solcher Entwicklungen und Erfahrungen wirbt Dierk Schittkowsky nun dafür, ausgerechnet den „Verfassungsschutz“ als Teil der Gesellschaft und als Teil der Lösung zu sehen, der Vertrauen und Unterstützung verdiene: *„Wir sind kein abgeschotteter Verein, der nur im Geheimen operiert“*, geben er und sein Amt sich offen. Er wüsche sich, dass die Hemmschwelle zur Kontaktaufnahme sinke, damit es einen regelrechten Austausch zwischen Bürgern und Landesamt gebe. Dabei steht der Behördenleiter den VS immer noch als „Frühwarnsystem für die Demokratie“, obwohl er doch in der Vergangenheit als solches ideologie- und systembedingt versagt hat – gerade was Rechtsextremismus-Neonazismus

betrifft, und zwar trotz der hohen Zahl fragwürdiger V-Leute im Nazi-Spektrum. Die langjährige einseitige Prioritätensetzung auf „Linksextremismus“, „Islamismus“ und „Ausländerextremismus“ hat mit dazu beigetragen, dass die Gefahren des Neonazismus lange Zeit weitgehend ausgeblendet und negiert worden sind.

Wie soll man nun eine solche Vertrauensoffensive und Offenheitsbekundung eines Inlandsgeheimdienstes einschätzen? Man könnte angesichts dieses Vorstoßes ja einfach mal aufatmen und „Endlich!“ ausrufen: Endlich hat ein Teil des „Verfassungsschutzes“ – das kleine Bremer Landesamt – das Problem erkannt, nimmt es ernst und holt sich bürgerschaftliche Hilfe. Richtig an dem LfV-Vorstoß ist der Aspekt, dass der Kampf gegen Rechtsradikalismus-Neonazismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden muss – da ist jede und jeder an ihrem, an seinem Platz gefordert, mit erhöhter Wachsamkeit und Sensibilität, zivilgesellschaftlichem Engagement und Gegenwehr. Dieser Kampf kann also nicht allein den Sicherheitsbehörden überlassen bleiben, auch wenn sie nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden dürfen. Im Übrigen waren und sind es bekanntlich Antifaschisten, antifaschistische Gruppen wie die VVN (deren Gemeinnützigkeit vor Kurzem aberkannt worden ist) oder Netzwerke gegen Rechts sowie JournalistInnen und WissenschaftlerInnen, die die Öffentlichkeit zumeist weit kompetenter über neonazistische Gefahren aufgeklärt haben als der VS. Tatsächlich ist es überaus wichtig, in Zeiten erhöhter Gewalt- und Terrorgefahr von Rechts besonders aufmerksam zu sein und die Bevölkerung entsprechend zu sensibilisieren. Ob aber die missbrauchsanfällige und niedrigschwellige Aufforderung eines Geheimdienstes zur vereinfachten und anonymen Meldung „verdächtiger Wahrnehmungen“, also zum Anschwärzen im reinen Gesinnungsbereich und im weiten Vorfeld des Verdachts der richtige Weg ist, das kann und muss mit Fug und Recht bezweifelt werden.

In diesem Zusammenhang sind auch die Reaktionen auf den LfV-Vorstoß aus Politik und Gesellschaft interessant. In den „sozialen Medien“ ist zuweilen von Anstiftung zur Denunziation, von „Spitzelmentalität“ und tiefem Misstrauen die Rede; Grüne und Linke kritisieren das Ansinnen mehr oder weniger offensiv. Nach Auffassung der Bremer FDP klinge der Vorschlag nach Hilflosigkeit oder Ohnmacht. Wohingegen die Bremer SPD den Appell begrüßt und der CDU-Fraktionssprecher sekundiert: Es sei schließlich Bürgerpflicht, Verdächtiges zu melden. Das stimmt allerdings nur bedingt, nämlich dann, wenn es sich um bestimmte Verbrechen handelt – nur dann besteht eine gesetzliche Pflicht zur Anzeige, allerdings bei Polizei oder ...

*weiter geht es auf Seite 3*

## Verfolgungswahn

... als Mitglied der NSDAP seit 1937 und der SA seit 1933 ausgewiesen. Auf Antrag der VVN-Vertreter wurde der Prozess zunächst vertagt und dann auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

In einem Beschluss stellte der 1. Senat die Frage, ob eine etwaige Feststellung, die VVN sei eine Vereinigung, deren Tätigkeit sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte, im vorliegenden Fall ausreiche, um einen Verbotsantrag zu rechtfertigen. Der dieser Ordnung zugrunde liegende Sühnedenken, dessen Verwirklichung zu den vornehmsten Aufgaben der Bundesrepublik gehöre, verlange eine Abwägung, ob gegen eine Organisation von Verfolgten ein Verbot mit der damit verbundenen Strafsanktion erlassen werden dürfe.

Der Bundesinnenminister verwarf diesen Gedanken und bestand auf der Fortsetzung des Verfahrens. Für Fabian von Schlabrendorff war das der Grund, das Anwaltsteam der Regierung zu verlassen. Das Bundes-

verwaltungsgericht lehnte es ab, einen Termin für die Fortsetzung des Verfahrens anzuberaumen. Der Prozess endete sang- und klanglos am 12. September 1964 mit dem Inkrafttreten eines neuen Vereinsgesetzes. Ungeachtet ihrer blamablen Niederlage ließ die Regierung nicht davon ab, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die sich inzwischen ergänzend Bund der Antifaschisten nennt, als linksextremistisch zu bezeichnen und aus dem öffentlichen Leben auszugrenzen. Mit der Entscheidung des Berliner Finanzamtes, der Verfolgtenorganisation die Gemeinnützigkeit abzuspüren, erreichte die Diffamierungskampagne nach 55 Jahren ihren vorläufigen Höhepunkt. Damit habe Deutschland, so der Holocaust-Überlebende Horst Selbiger in der jüngsten Ausgabe der „Jüdischen Allgemeinen“, nach der von Ralph Giordano konstatierten zweiten Schuld, dem Bescheiden und Vertuschen der Vergangenheit, eine dritte Schuld auf sich geladen.

Kurt Nelhiebel

# Blumen für die Opfer

Am 18./19. November wurden erneut Stolpersteine verlegt, elf in Findorff, zwei in Walle, sechs in der Neustadt. Zehn der Toten fielen der Euthanasie zum Opfer, fünf waren Politische. Knapp 75.000 Stolpersteine hat Gunther Demnig seit 2002 verlegt, in Bremen über 700. Beeindruckend war bei der Blumenniederlegung, dass Schüler der Oberschule Findorff ihre Empfindungen beim Gedenken darstellten. Begleitet wurde die Schweigeminute für die Opfer musikalisch. Ergreifend sind die Schicksale, die sich hinter den Stolpersteinen verbergen. Viele der Informationen sind den Wiedergutmachungsakten oder den Krankenblättern entnommen. In Bremen fielen 765 Juden und 822 Menschen mit



Blumen und mahnende Worte zur Ehrung der Opfer

Beeinträchtigungen dem Rassenwahn des Nationalsozialismus zum Opfer. An Behinderten wurden bereits vor dem Krieg die ersten größeren Versuche mit Tötung durch Gas probiert, die im Krieg zur Massenvernichtung an Europas Juden und an Sinti und Roma in den Gaskammern von Treblinka, Sobibor und Auschwitz-Birkenau führten. Zur ersten Verlegung war Joachim Warmbold eigens aus Tel Aviv angereist. Sein Großvater Julius Eichholz, Viehhändler, wurde am 09. November 1938 verhaftet, starb aber kurze Zeit nach seiner Entlas-

sung während eines Bombenangriffs. Großmutter Mathilde wurde am 23. Juni 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert, ein

Schicksal, das auch Heinemann Meier ereilte. Zwei Onkel von Joachim Warmbold konnten rechtzeitig nach Amerika emigrieren. Fritz, der dritte, kam im KZ um. Hunde wurden bei einem Fluchtversuch auf ihn gehetzt. Joachim Warmbolds Mutter hatte Glück, in einer privilegierten Mischehe mit einem Lutheraner verheiratet zu sein.

Otto Zade, Hermann Goldschrafe, Georg Thumm, Johann Niemann, Lüder Winters gerieten aus politischer Gegnerschaft in die Mühlen der Verfolgung und Ermordung.

Dem Sozialdemokrat Otto Zade wurde zum Verhängnis, dass die Gestapo seinen Arbeitgeber Heinrich Hollmann wegen Abhörens englischer Sender und Verstößen gegen das Kriegswirtschaftsgesetz im Visier hatte. Otto Zade wählte Mai 1942 in der Ostertorwache den Freitod. Der Kommunist Hermann Goldschrafe erlitt KZ Mißler und Fort Langlütjen, wurde 1938 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, kam ins Strafbataillon 999 und fiel November 1944 in Südosteuropa. Der Kommunist Georg Thumm war Kurier zu den Exilstrukturen in den Niederlanden. 1938 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, kam er nach Verbüßung seiner Haft Februar 1941 und ein weiteres Mal Juli 1944 ins KZ Sachsenhausen. Wenige

Tage vor der Befreiung kam er bei der Räumung des KZ Sachsenhausen um.

Unter Ausnutzung der Bombardierung der Bremer Nervenlinik November 1943 wurde ein großer Teil der Patienten kurz darauf als arbeitsunfähig in die Tötungsanstalt Meseritz-Obrowalde gebracht und nach wenigen Tagen vergast. Zu ihrem Gedenken wurden in Findorff und in der Neustadt Stolpersteine verlegt.

Wilhelm Henkel

## Verbot der Gruppe Phalanx 18

Lieber Ulrich Mäurer, namens unserer Vereinigung möchte ich mich bedanken für den konsequenten Schritt zum Verbot von Phalanx 18, einer Gruppe, die die Wiederbelebung nationalsozialistischen Denkens zum Ziel hat. Ihre Übergriffe und die Zusammensetzung der Musikgrup-

pen bei ihren durchgeführten wie geplanten Konzertauftritten sind angesichts politischer Morde in den vergangenen Monaten (Regierungspräsident Luebcke in Kassel), angesichts des glücklicherweise noch gerade verhinderten Blutbads in der Synagoge von Halle Zeichen einer erschreckenden Rechts-

entwicklung, die leider auch bis in die bürgerliche Mitte hineinreicht. Unverständlich wieso aus Kameradschaften entstandene Gruppen wie der III. Weg oder Die Rechte überhaupt Parteienstatus erlangen konnten. Das Verbot der Gruppe Phalanx 18 ist so ein deutliches Signal, dass sich 1933 nicht wiederholen darf. Danke dafür.

Unverständlich und nicht nachvollziehbar dagegen ist, dass in der Bürgerschaft seitens der FDP, flankiert von BiW, in dem Zusammenhang zugleich die völlig unhaltbare Rechts-gleich-Links-These aufgewärmt und Aussagen zum Potential eines Linksextremismus erfragt werden. Reaktionen auf sozialpolitische Verwerfungen stehen u.E. auf einem anderen Blatt und können nicht mit einer faschistischen, menschenverachtenden Grundeinstellung gleichgesetzt oder in die Nähe gerückt werden. Nimmt man sich noch mal die Publikationen von Emil Gumbel vor, Zwei Jahre Mord, Vier Jahre politischer Mord, Vom Fememord zur Reichskanzlei usw., wird Art und Ausmaß einer realen Bedrohung deutlicher. Notwendig ist in der Tat, dass sich Weimarer Verhältnisse in der Berliner Republik nicht wiederholen.

Mit freundlichen Grüßen

Raimund Gaebelein

### Problemfall der Demokratie

... Staatsanwaltschaft und nicht beim VS, der als geheimdienstliche Vorfeld-Institution den Gesinnungsbereich auskundschaftet. Handelt es sich um mögliche Straftaten, Straftatenverhütung oder -aufklärung, dann sind eben Polizei und Justiz zuständig.

Die Zivilgesellschaft für Zwecke eines Geheimdienstes einzuspannen, womöglich Inoffizielle Mitarbeiter heranzuziehen, die Zivilgesellschaft in die Pflicht zu nehmen und so mitverantwortlich zu machen – das geht tatsächlich zu weit. Denn trotz aller Bemühungen um Offenheit, für die Dierk Schittkowski als LfV-Amtsleiter stehen mag, muss man sich klarmachen: Auch der Bremer „Verfassungsschutz“ ist ein Problemfall der Demokratie. Es handelt sich um einen Geheimdienst mit klandestinen Strukturen, Mitteln und Methoden, der de-

mokratischen Prinzipien widerspricht und skandalgeneigt arbeitet. Ein demokratisch nur schwer kontrollierbarer Inlandsgeheimdienst mit der Lizenz zur Desinformation, Infiltration und Ausforschung im weiten Vorfeld des Verdachts. Er ist und bleibt, wie die anderen VS-Behörden auch, Fremdkörper in der Demokratie und eine potentielle Gefahr für Bürgerrechte und Verfassung. Diese Geheiminstitutionen sind über ihre bezahlten und kriminellen Nazi-Spitzel, über ihr unkontrollierbares V-Leute-System längst Teil des Neonazi-Problems geworden: Sie haben auf diese Weise rechtsextreme Szenen und Parteien letztlich mitfinanziert und rassistisch mitgeprägt, kriminelle V-Leute gegen Polizeiermittlungen abgeschirmt und sich selbst gegen demokratische Kontrollen geschützt. Grundsätzliche Änderungen sind leider nicht in Sicht.

Rolf Gössner



# Ein Leben in der Arbeiterbewegung

40 Leute trafen sich am Nachmittag des 20. November 2019, um bei der Anbringung einer Tafel an einem Haus im Vegesacker Ortsteil Fähr-Lobbendorf dabei zu sein. Das Haus wirkte alt und das Erdgeschoss dominierte eine Shisha-Bar. Vor und nach der faschistischen Diktatur hatte hier allerdings die Gewerkschaftszentrale in Bremen-Nord ihren Sitz. Zur Erinnerung daran und an den ersten Nachkriegssekretär der IG Metall, Karl Wastl, dient die Tafel. Entsprechend kamen Gewerkschafter (mit historischer IG-Metall-Fahne), Mitglieder der SPD, der DKP, der Linken, der VVN-BdA, der Internationalen Friedensschule und des Vegesacker Beirats. Auch ein Team von Buten & Binnen filmte.

Die eigentliche Veranstaltung begann aber erst am Abend im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Vegesack. 50 Menschen lauschten dort dem Vortrag zur Lebensgeschichte von Karl Wastl des Berliners Philipp Vergin. Eingerahmt wurde die Veranstaltung durch Musik und Gedichte von Ahmed Yusuf.

Wastl, 1889 in Dorfen (Oberbayern) geboren, lernte Kupferschmied und schloss sich der Gewerkschaft und der SPD an. 1918 trat er in die USPD, 1920 in die KPD ein. Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete er auf der Vulkan-Werft. Im Oktober 1923 leitete er einen Aufstandsversuch auf der Vulkan-Werft und der Bremer-Wollkämmerei. Danach flüchtete er in die UdSSR. Nach einer Amnestie kehrte er 1926 nach Blumenthal zurück. Da er auf der „schwarzen Liste“ der Unternehmer stand, bekam er keine Arbeit. Er führte schließlich den örtlichen Gau des kommunistischen „Rotfrontkämpfer Bundes“, war als kommunistischer Abgeordneter im Gemeinderat, Kreistag und kurzzeitig Landtagsabgeordneter in Oldenburg tätig. Von 1931 bis zu seiner Verhaftung 1933 war er KPD-Sekretär. Zuerst kam er ins Untersuchungsgefängnis in Blumenthal, dann für vier Monate ins KZ Esterwegen. Nach einer Amnestie zog er in die Lüneburger Heide. Dort wurde er bei Kriegsausbruch erneut verhaftet und ins KZ Sachsenhausen ver-

bracht. Er beteiligte sich 1941 an der Solidaritätsaktion „Rote Kuhle“, bei der Gefangene Brot an sowjetische Soldaten im KZ abgaben. 1944 flog der illegale Widerstand im KZ auf. 156 Gefangene, darunter Karl Wastl, wurden isoliert. 27 wurden ermordet. Karl Wastl wurde mit 102 weiteren Isolationsgefangenen schließlich ins österreichische KZ Mauthausen überstellt und dort von US-Truppen befreit. Von 1945 bis 1954 bis zur Rente war er Sekretär der IG-Metall in Bremen-Nord. 1953 kommt es zum Zerwürfnis mit der KPD im Zusammenhang mit einem Werftarbeiterstreik. Er verlässt die Partei. 1963 stirbt er im damaligen Krankenhaus Hohehorst im niedersächsischen Löhnhorst.

Anschließend berichteten Hans Elas und Schorsch Viesmayr aus Dorfen, wie es dazu kam, dass in Wastls Geburtsort eine Straße nach ihm benannt wurde. Nach Grußworten der IG Metall und der Friedensschule klang die Veranstaltung aus.

Ulrich Stuwe

## Finger in der Wunde

**An die Deportation der Sinti und Roma aus dem Weser-Ems-Gebiet nach Auschwitz erinnerte eine Veranstaltung am 16.12. 2019 im Kulturzentrum Brodelpott.**

Über Wege des Gedenkens sprachen Dr. Hans Hesse und Giano Weiß, ein Ururenkel von Anton Schmidt. Dessen Grab findet sich auf dem Waller Friedhof am Gedenkstein zur Erinnerung an 40 in Auschwitz ermordete Familienmitglieder. Den Stein hatte Anton Schmidt in den 80er Jahren aus Entschädigungsgeldern bezahlt. Zehn Jahre später wurde auf Betreiben Dr. Helmuth Haffners am 16. Dezember 1994 erstmals ein offizielles jährliches Gedenken an die Opfer des Völkermords an den Sinti und Roma institutionalisiert.

Giano Weiß studiert in Paderborn. Aus Gesprächen innerhalb der Familie erfuhr er von den Verfolgungen, die sie erlitten hatte. Die Spuren führen nach Bremen. Behutsam erfragt Hans Hesse Einzelheiten. Überlebt

hatte Anton Schmidt aufgrund seiner Arbeitsfähigkeit. Kurze Zeit war er 1942 Luftwaffensoldat, wurde als Sinto nach einem Vierteljahr als „wehrunwürdig“ erklärt. 1943 wurde er mit Frau und Kindern nach Auschwitz deportiert. Über Ravensbrück führte sein Weg 1944 nach Sachsenhausen, als Kanonenfutter sollte er in einem Strafbataillon unbewaffnet gegen die Rote Armee antreten.

In den Prozessen, die die VVN September 1947 in Bremerhaven gegen die verantwortlichen Gestapobeamten anstrebte, waren seine Zeugenaussagen wichtig, wurden aber beiseite gefegt. Die junge Bundesrepublik brauchte „verlässliche“ Beamte. Sein Ururenkel Giano Weiß stößt bei seinen Nachforschungen immer wieder an Mauern der Ablehnung. Sicher, die Behörden geben sich kooperativ, aber die Akten lassen sich einfach nicht finden. Akteneinsicht wird nicht überall gewährt, Datenschutz wie es heißt.

Angewiesen ist er auf Erzählungen in der weitverzweigten Familie. Sie lassen sich nur schwer mit Belegen erhärten.

Zahlreiche Fragen der gut zwei Dutzend Zuhörer lassen ein gewachsenes Interesse spüren. Lassen sich die Namen der 40 ermordeten Familienangehörigen nennen?

Ist das überhaupt wünschenswert?

Sollen Stolpersteine für Familienangehörige gelegt werden, um an ihr Schicksal zu erinnern? Daran, dass sie mitten unter uns gelebt haben, Teil der Gesellschaft waren?

Ist die Zahl 40 eher symbolisch zu sehen? Wie sieht es mit Straßenbenennungen aus?

Anton Schmidt jedenfalls hat sich vehement für die Aufarbeitung eingesetzt, die Täter benannt, sich engagiert in der Kommunistischen Partei; bis sie im Kalten Krieg verboten wurde.

Wilhelm Henkel

## Bremen-Gröpelingen, Brombergerstraße 117

Auf einer Pressekonferenz stellten Prof. Dr. Uta Halle und Dr. Ulrike Huhn am 14.11. 2019 in den Räumen der Landesarchäologie die Ergebnisse der Lehrgrabungen am Schützenhof in Form eines 144-seitigen Buchs vor. Archäologie der Gegenwart ist bislang noch nicht so verbreitet. Für Studenten des Lehrgangs Osteuropäische Geschichte und der Geowissenschaften war es eine sehr produktive Erfahrung. Ausgangspunkt bildete die Vermutung, dass sich Spuren der KZ-Häftlinge am Schützenhof finden ließen. Die Grabungen warfen zunächst eine ganze Reihe von Rätseln auf. Der Grabungsort war richtig gewählt, aber wieso gab es mehr als eine Fundamentmauer? Warum fand sich weiter vorn ein Kellerloch? Wie kommt eine Niveadose in den Lagerbereich?

Spuren der Häftlinge und des KZ-Außenlagers fanden sich kaum, Stacheldraht, Werkzeuge. Aber konnten die Häftlinge diese Gegenstände heimlich von der AG Weser ins Lager schmuggeln? Mit der Spurensuche im Aktenbestand des Bausenators ließen sich einige der Fragen klären. Der Schützenhof lag nicht, wie lange vermutet, da, wo er heute steht, sondern auf dem gegenüberliegenden Parkplatz. Die verschiedenen Etappen der Belegung mit Zwangsarbeitern ließen sich durch den Schriftverkehr erhärten. Eine erste Abfolge findet sich auf der 2002 eingeweihten Stahltafel, die im Eingangsbereich hängt. Sie wurde von der VVN-BdA Bremen initiiert und von der Jugendvertretung der Stahlwerke gefertigt. Mit Kriegsbeginn wurden 1939 indische

Seeleute der Hansalinie interniert, Sinti und Roma Mai 1940 vermutlich von hier nach Belzec deportiert. Ein Vorfall beschäftigte die Behörden 1941 und belegt, dass der alte Schützenhof zu dieser Zeit polnische Arbeiter beherbergte. Oktober 1943 wurde er von Bomben zerstört. Ein Jahr später wurden auf diesem beschlagnahmten Gelände sechs Baracken errichtet. Der Abgleich der Bauakten belegt, dass eine Baracke in der früheren Eingangshalle liegt. Das erklärt die nebeneinanderliegenden Fundamente. Die heute noch bewohnte Baracke weiter hinten steht auf dem früheren Tanzsaal. Die Bodenfunde entstammen verschiedenen Nutzungsformen. Der ...

*weiter geht es auf Seite 5*

# Nationalsozialistisches Unrecht

**Stellungnahme zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD:**

„Die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz begrüßt, dass nach Jahrzehnten politischer Verleugnung das an den „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“ verübte nationalsozialistische Unrecht nun endlich als solches anerkannt wird und damit die Betroffenen als NS-Opfer.

Klarzustellen bleibt u.E., dass das an ihnen begangene Unrecht eine nationalsozialistische Verfolgung war. Ohne diesen Status gelten die Betroffenen rechtlich nicht als Verfolgte im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) und erhalten – wie im übrigen auch die Opfer der NS-Militärjustiz oder die Zwangssterilisierten – keine gesetzlichen Entschädigungsleistungen nach dem BEG, sondern allenfalls Härteleistungen nach dem Allgemeinen Kriegsfolgegesetz (AKG). Dies bleibt ein Makel auch des vorliegenden Antrags.

Der Deutsche Bundestag sollte zudem unmissverständlich darlegen, dass sich der Status des NS-Opfers nicht allein auf diejenigen „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“ beschränkt, die in ein KZ verbracht worden sind, sondern auf alle Angehörigen vorge-

nannter Gruppen, denen der NS-Staat Gewalt angetan oder denen er unrechtmäßig Freiheit geraubt hat.

Die Zeitspanne, dass fast 75 Jahre = drei Generationen vergangen sind, bis diese längst überfällige Anerkennung durch den Deutschen Bundestag erfolgt, ist schwer erträglich: Die allermeisten ehemaligen Betroffenen werden durch diese Anerkennung und Rehabilitierung nicht mehr erreicht. Die Zahl potentieller neuer Antragsteller dürfte noch geringer sein als die im Antrag genannten kleinen Zahlen. Weil die Betroffenen selbst kaum noch erreicht werden, wird es für deren Angehörige und die gesellschaftliche Entwicklung umso wichtiger sein, dass die Bundesregierung die im Antrag genannten neun Maßnahmen so nachdrücklich fördert, dass ein würdiges Gedenken an diese NS-Opfergruppen in der Öffentlichkeit und in der staatlichen Erinnerungskultur auch tatsächlich erfolgt. Eine Ausstellung, die die Opfer als Verfolgte in den Mittelpunkt rückt, sollte zugleich auch menschenfeindliche Vorurteilsstrukturen thematisieren und aufzeigen, warum nationalsozialistische Täter ebenso wenig Aufdeckung und strafrechtliche Verfolgung befürchten mussten wie Sozialbehörden, die in das NS-Unrecht

verstrickt waren.

Die sozialrassistische und kriminalpräventive Ausgrenzung und Strafverfolgung des NS-Staates, die an diesen Opfergruppen exemplarisch aufgezeigt werden kann, ist jahrzehntelang ausgeblieben und damit konstruktiver gesellschaftlicher Auseinandersetzung vorenthalten worden. Sie verdient gerade heute größtmögliche Aufmerksamkeit, weil rechtsextremistische Gedanken bis hin zu Gewalttaten augenscheinlich auch in Deutschland wieder neuen Aufwind und sogar Zuspruch finden. Auch Vorurteile über „abweichendes Verhalten“ sind in unserer Gesellschaft nicht überwunden.

Würdiges Erinnern und Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus können und sollten Menschen für strukturelle Ausgrenzung, Ungerechtigkeit und Gewaltsamkeit sensibilisieren. Gilt es doch, die Entstehungsbedingungen für Diskriminierung und staatliches Unrecht zu verstehen, sich frühzeitig gegen Unrecht zu wehren und für deren Opfer Mitgefühl und Unterstützung aufzubringen.“

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz

## Vielleicht war ich ein Sonntagskind

Eine großartige Begegnung fand am 04.12.19 im Kulturzentrum Brodelpott statt. Olga Pomamareva berichtete vor gut drei Dutzend BesucherInnen über ihre politische Bewusstwerdung unter dem Einfluss ihres Großvaters Aleksej Ponomarjow. Dieser war als 17-Jähriger 1942 aus seiner Heimatstadt Lugansk in der Ostukraine zur Zwangsarbeit auf der Norddeutschen Hütte in Bremen verschleppt worden. Anfang 1944 wurde er von der Gestapo verhaftet, weil er es gewagt hatte, auf dem Heimweg in sein Lager in Grambke einen halben Liter Milch aus einer Milchkanne am Wegesrand zu entnehmen, um seinen Hunger zu dämpfen. Er wurde in die Ostertorwache gebracht und von dort ins KZ Neuengamme überstellt. Ende April 1945 wurde er auf den Todesmarsch zur Lübecker Bucht getrieben. Er überlebte die Bombardierung des KZ-Schiffes Thielbeck. Ein kurzer Film von Miriam Breckoff zeigt ihn bei seinem dritten Besuch 2003 in Bremen, gemeinsam mit seiner Enkelin Olga. „Vielleicht war ich ein Sonntagskind“, hinterließ er ihr als Lebensmotto. Sie engagiert sich seit ihrem Geschichtsstudium in verschiedenen Nicht-Regierungs-Organisationen, lebt in dem Teil der Ostukraine, der nicht von den Autonomiekraften beherrscht ist.

Eike Hemmer schilderte die Erforschung der Zwangsarbeit auf der Norddeutschen Hütte, gemeinsam mit seinem Betriebsratskollegen Robert Milbradt seit 1983. Kollegen hatten sie auf den hohen Anteil an Zwangsarbei-

tern während des Krieges auf der Hütte aufmerksam gemacht. Die Beschäftigung mit dem Thema hatte gerade erst begonnen, angestoßen mit der Spurensuche von Christoph Schminck-Gustavus zum Schicksal des 15-jährigen Walerjan Wrobel. Die Frage nach Entschädigung kam erst Ende der 90er Jahre auf. Die Hütte hatte mehrfach den Besitzer gewechselt, die damaligen Konzernverantwortlichen saßen im Ruhrgebiet. Die Betriebsleitung der Hütte unterstützte die Arbeit der Betriebsräte.

Gehrt wurden in der Sowjetunion die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge galten bei ihrer Rückkehr in die Heimat als Kollaborateure. Offen gesprochen werden konnte erst in den Neunzigerjahren darüber. Olga hat sehr viel von ihrem Großvater erfahren, die Eltern waren nicht so an dem-

Thema Zwangsarbeit interessiert. Sie leben noch in Lugansk. Die Familie hatte Ende der Zwanzigerjahre unter Verdacht der Spekulation gestanden, war nach Sibirien verbannt worden. Die Urgroßeltern hatten sich in der kurzen Zeit der Neuen Ökonomischen Politik mit Verkaufsständen einen bescheidenen Wohlstand geschaffen. Überlagert wurde das Schicksal der Zwangsarbeiter vom aufkommenden Nationalismus, der mit der Selbständigkeit der Ukraine und dem aufkommenden Krieg in den Bezirken Lugansk und Donetzk sich verstärkte. Mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit sucht Olga Wege zur offenen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu bahnen und eine unverbrauchte Sicht auf das Zusammenleben über die Schatten der Vergangenheit hinweg zu öffnen.

Wilhelm Henkel

Bremen-Gröpelingen

... Terrazzofußboden zeigt, wie gut der Schützenhof in seiner Glanzzeit ausgestattet war. Die Reste der Steinhägerflaschen stammen natürlich nicht von der KZ-Häftlingen. Nylonstrümpfe weisen auf die Nachkriegsnutzung der Baracken in den Fünfzigerjahren durch Arbeiter der AG Weser und ihre Familien hin. Hatte Uta Halle die Entwicklung der baulichen Seite und ihrer Nutzung skizziert, so stellte Ulrike Huhn die Formen des Gedenkens durch die Angehörigen im Vergleich der Gedenkkulturen in Europa dar. Dazu gehörte auch

die zweite Verfolgung nach der Befreiung. Am 25. Februar findet um 19:00 Uhr ein Vortrag im Focke-Museum statt.

Uta Halle & Ulrike Huhn, Bremen-Gröpelingen, Bromberger Straße 117: Schützenhof – Internierungslager – Polenlager – KZ-Außenlager – Wohnort und Arbeitsort, Forschung und Erinnerung zur vielschichtigen Geschichte des Schützenhofs im 20. Jahrhundert, Edition Falkenberg Bremen, November 2019, 144 S. 19,90 Euro, ISBN 978-3-95494-194-0

Wilhelm Henkel

# Termine Februar/März 2020

**Sonntag, 09.02., um 15:00 Uhr** im Krankenhausmuseum, Züricher Straße 40, Ein Zeitzeugengespräch mit Friedrich Buhlich: Warum meine Geschwister sterben mussten.

**Mittwoch, 12.02., um 16:00 Uhr** Kohlhöckerstraße 6, Vortrag Dr. Susanne Schunter-Kleemann: Schulausflug ohne Rückkehr, Deportation nach Minsk und Maly Trostenez.

**Donnerstag, 13.02., um 19:00 Uhr** in der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, Valckenburghstraße 1-3 (erreichbar über Bus 26 Stenumer Straße). Szenische Lesung „Über Flintenweiber und Untermenschen“, Erinnerung an das Schicksal ehemaliger Kriegsgefangener.

**Samstag, 22.02., um 14:00 Uhr** ab Vohnenstraße 3, Rundgang zu den Denkmälern in der Neustadt, Spurensuche Bremen und Denkmälern Initiative Neustadt.

**Montag, 24.02., um 19:00 Uhr** im Gewerkschaftshaus, Bahnhofplatz 22-28, Vortrag und Diskussion „Warum wir Frieden und gute Nachbarschaft mit Russland brauchen“. Mit Claudia Haydt, Tübingen zu den Militärstrategien der NATO, EU und Bundeswehr und zu möglichen Initiativen zu einer Vertrauensbildung.

**Dienstag, 25.02., um 19:00 Uhr** im Focke-Museum, Vortrag Prof. Dr. Uta Halle, Erichtung eines Barackenlagers, Außenlager des KZ Neuengamme.

**Donnerstag, 05.03., um 18:00 Uhr** im Haus der Wissenschaft, Sandstraße, Vortrag Dr. Hans Hesse, Erinnerungsbuch an die März 1943 von Bremen nach Auschwitz-Birkenau deportierten 275 Sinti und Roma aus Nordwestdeutschland.

**Freitag, 06.03., um 18:00 Uhr** im Theater im Volkshaus, Hans-Böckler-Straße 9, Vortrag Dr. Hans Hesse zum Schicksal von Julius Dickel. Er wurde 1943 mit seiner siebenköpfigen Familie vom Schlachthof deportiert, kehrte August 1945 nach Bremen zurück und stellte im Mai 1961 eine Anzeige gegen den Kripo-Beamten Wilhelm Mündtrath wegen Beihilfe zum Mord.

**Sonntag, 08.03., um 15:00 Uhr** vor dem Schlachthof, Findorffstraße 51, Erinnern an den März 1943, die Deportation der Sinti und Roma aus Nordwestdeutschland nach Auschwitz-Birkenau. Es spricht Hermann Ernst.

**Nordkonferenz der VVN-BdA 13. - 15.03. in Heideruh**

**Samstag 10:00-12:00 Uhr** Neonazi-Netz  
**13:30 Uhr** "Widerstand gegen Neofaschismus und Rechtspopulismus – wird die Zivilgesellschaft ausgebremst?" alle Themen sind mit Diskussion

**16:30 Uhr** Entzug der Gemeinnützigkeit – Auswirkungen auf VVN-BdA und seine regionalen Vereine und Untergliederungen  
**ab 19:30 Uhr** Spielfilm über Zivilcourage – neue Verfilmung von „Deutschstunde“ von Siegfried Lenz mit Ullrich Nöthen

**Sonntag 09:30 Uhr** Austausch der Länder zu Neofaschismus

**12:00 Uhr** Mittag  
**Anmeldungen bis 21.02. bei Raimund und Marion unter 6163215 bzw. 017649865184**

**Mittwoch, 25.03., um 11:00 Uhr und 20:00 Uhr** im Kulturzentrum Schlachthof. Vom Schlachthof nach Auschwitz, dokumentarisches Musiktheater von Dardo Balke und Ralf Lorenzen, mit Rolf Becker, Romano Hanstein, Sissi Zängerle und dem Dardo Balke Orchester.

**Donnerstag, 26.03., um 19:00 Uhr** in der Villa Ichon, Goetheplatz 4, Vortrag Florence Hervé: Mit Mut und List – Europäische Frauen gegen Faschismus und Krieg". Ein Buch mit dem gleichen Titel erscheint in diesen Tagen bei Papyrossa. MASCH und VVN-BdA Bremen.

## Geburtstage im Februar/März

Ch. Palm-Hoffmeister	03.02., 75 J.
Gaby Brejla	08.02., 73 J.
Christoph Haun	12.02., 70 J.
Jochen Windheuser	28.02., 74 J.
Ulrike Wübbena	16.03., 64 J.
Carla de Lil	19.03., 82 J.
Johann Witte	22.03., 69 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand



„Der Bremer Antifaschist“, kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint zweimonatlich.

Wir sind Am Speicher XI Nr. 9, 28217 Bremen, erreichbar.

**Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI**

Tel.: 0421/38 29 14  
Fax: 0421/38 29 18

**E-Mail: bremen@vvn-bda.de**  
**Internet: www.bremen.vvn-bda.de**

Montag: 15:00 - 17:00 Uhr

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:  
Die Sparkasse in Bremen  
BIC: SBRE DE 22 xxx  
IBAN: DE06 29050101 000 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

**Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelin (0421-6163215 bzw. 0176/49865184) angemeldet werden.**

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich **am ersten Montag des Monats um 15:30 Uhr.**

Der Landesvorstand trifft sich **am dritten Montag des Monats um 18:00 Uhr**

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder. **Im Internet sind zum Teil weitere Artikel, die nicht im BAF stehen.**

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats  
V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelin

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Rassismus
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Erinnerungsarbeit

Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.

Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Ich möchte den „Bremer Antifaschist“ probeweise / regelmäßig beziehen.

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Bremen, den \_\_\_\_\_